

---

## Polen und die Europäische Union

### Vorgeschichte

Polens Verbindungen zu Europa spielten schon lange Zeit vor dem EU-Beitritt im Jahre 2004 eine Rolle, denn schon Mitte des 10. Jahrhunderts erlangte Polen große Bedeutung für den Kontinent. Im Jahre 966 ließ sich Herzog Mieszko I. taufen, woraufhin viele Untertanen ihm folgten. Dieses Ereignis wird als Christianisierung Polens angesehen und stellt Polens Eintritt in die Geschichte Europas dar. Nachdem andere Gebiete wie Böhmen und Mähren schon zuvor christlich geworden waren und die Christianisierung der Kiever Rus' etwa gleichzeitig begann, konnte Herzog Mieszko seine Herrschaft ausgehend vom Stammesgebiet der sogenannten Polanen mit dem Kerngebiet Großpolen ausweiten. Sein Sohn und Nachfolger Bolesław I. Chrobry erwarb weitere Gebiete für sein Reich dazu wie Teile Pommerns, Schlesiens und der Lausitz. Unter Chrobry erhielt Polen 1025 möglicherweise den Status eines Königreichs. In den wechselvollen Jahrhunderten danach schwankte die Größe des Reichs beträchtlich. Ein Wendepunkt war erreicht, als Königin Jadwiga 1386 den – frisch getauften – litauischen Großfürsten Jogaila (Jagiello) heiratete und ein Staatsverband entstand, der sich allmählich zu einer europäischen Großmacht entwickelte. Spätestens mit der Lubliner Union von 1569, der die beiden Reichsteile noch enger aneinander band, gehörte das Land zu den größten und mächtigsten Staaten in Europa. Im weiteren Verlauf führten mehrere Kriege und innenpolitische Unruhen im 17. Jahrhundert dazu, dass Polen-Litauen in eine Krise stürzte. Russland, Preußen und Österreich nutzten dies für ihre Interessen und teilten Polen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts untereinander auf. Zu einer Wiederentstehung des polnischen Staates konnte es erst nach dem Ersten Weltkrieg kommen, den alle drei Teilungsmächte verloren hatten. Im Friedensvertrag von Versailles aus dem Jahre 1919 wurde die Unabhängigkeit Polens festgelegt. Doch die Souveränität Polens nach dem Ersten Weltkrieg hielt nicht lange: Deutschland und die Sowjetunion fielen 1939 in Polen ein und teilten es sich untereinander auf. Im besetzten Polen setzte eine deutsche Terrorherrschaft ein, die Millionen Menschen das Leben kostete. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der polnische Staat auf Wunsch der sowjetischen Führung nach Westen verschoben und geriet unter kommunistische Herrschaft. In der „Volksrepublik Polen“ wurden schrittweise alle demokratischen Kräfte ausgeschaltet. Die Proteste gegen die wirtschaftliche (und gesellschaftliche) Lage eskalierten in den Unruhen von 1956, 1968 und 1970, bevor sie 1980 ihren Höhepunkt erreichten und zum Entstehen der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“ (Solidarität) führte, die mit der Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1981 wieder verboten wurde. Erst 1989 wurde die Gewerkschaft wieder zugelassen. Die demokratischen Kräfte gewannen nach den Verhandlungen am Runden Tisch im selben Jahr die ersten halbfreien Wahlen. Dies markiert das Ende des Kommunismus in Polen und den Beginn eines demokratischen Polens auf marktwirtschaftlicher Grundlage.

### Polen und Europa nach 1989

Ein Leitmotiv war dabei die „Rückkehr nach Europa“, verstanden als Herauslösung aus dem sowjetischen Herrschaftsbereich und Eingliederung in die politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Westens. Konkret hieß das, dass man die Aufnahme in die EG (später EU) und in die NATO anstrebte. Zugleich mussten die Beziehungen zu den neuen Nachbarn im Osten wie im Westen neu verhandelt werden. Die Verhandlungen über einen Beitritt Polens zur Europäischen Gemeinschaft begannen bereits mit der Wende 1989. Als erster formaler Schritt hin zu einer EU-Mitgliedschaft wurde 1991 ein **Europa-Abkommen** abgeschlossen, welches 1994 in Kraft getreten ist. Mit dem Abkommen wurde eine erste Grundlage für eine wirtschaftliche und politische Reform geschaffen sowie ein institutioneller Rahmen und die Rechtsgrundlage für die Beziehungen zwischen Polen und der EU gebildet. Alle gemeinsamen

Interessensbereiche wie z.B. Landwirtschaft, Finanzen oder Wirtschaft wurden damit geregelt. Daraufhin reichte Polen am **5. April 1994** offiziell seine Bewerbung für einen EU-Beitritt bei der Europäischen Kommission ein. Es folgte eine schwierige und mehrere Jahre andauernde Verhandlungsphase.

Zu Beginn waren diese Verhandlungen vor allem von Hoffnungen auf eine schnellere Modernisierung des Landes begleitet. Je weiter sie fortschritten, desto kritischer wurde die Einstellung der polnischen Bevölkerung, die bald befürchtete, eine weitere Liberalisierung des Handels, der ungehinderte Zugang von ausländischen Investitionen und die politischen Verpflichtungen, die sich aus der Mitgliedschaft ergeben würden, könnten Polen seiner Souveränität und kulturellen Identität berauben und zur Verarmung des Landes und zu einer höheren Arbeitslosigkeit führen. Schließlich stimmten aber 2003 in einem Referendum über 77 % der an der Abstimmung teilnehmenden Polen für den **EU-Beitritt**. Auch in einigen EU-Mitgliedsländern wuchsen die Ängste vor einer ungehinderten Einwanderung von Polen und davor, dass Arbeitskräfte aus Polen die Löhne nach unten drücken könnten. Bereits kurz nach dem Beitritt am **1. Mai 2004** erwies sich jedoch, dass fast alle Befürchtungen unberechtigt gewesen waren. Polen emigrierten vor allem nach Großbritannien, Irland, Schweden und Norwegen, also in Länder, die ihren Arbeitsmarkt geöffnet hatten. Dort war die Arbeitslosigkeit niedriger, es wurden zusätzliche Arbeitskräfte gebraucht und die bürokratischen Hürden für eine Arbeitsaufnahme waren geringer als in Deutschland, Österreich und Frankreich. Polens Bauern, die vor 2004 mehrheitlich gegen den EU-Beitritt gewesen waren, wurden dank der EU-Agrarsubventionen nun zu EU-Nutznießern und Befürwortern der Mitgliedschaft. Umfangreiche, von der EU geförderte Infrastrukturmaßnahmen (u.a. Ausbau des Autobahn- und Eisenbahnnetzes) und die **Aufhebung der Grenzkontrollen** im Rahmen des Schengener Abkommens (Beitritt Polens am 21. Dezember 2007) sorgten dafür, dass die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft in Polen sehr hoch und stabil blieb. Probleme brachte die neue EU-Außengrenze vor allem für Polens östliche Nachbarn, für die es nun schwieriger wurde, nach Polen zu reisen und mit Polen Handel zu treiben. Das gesteigerte Selbstbewusstsein Polens machte sich nach dem EU-Beitritt auch innerhalb der EU-Institutionen bemerkbar. Nach anfänglicher Passivität entwickelte Polen immer mehr Initiativen zur Zusammenarbeit zwischen der EU und Polens östlichen Nachbarn. Am 1. Juli 2011 übernahm Polen erstmals die **EU-Ratspräsidentschaft**. In den Leitlinien zur Präsidentschaft war das Selbstbewusstsein nach der gelungenen „Rückkehr nach Europa“ deutlich erkennbar. Auf der Agenda standen die Liberalisierung des Binnenmarkts, das Ankurbeln des Wachstums, aber auch die Solidarität, was sich nicht zuletzt in der Offenheit gegenüber einer EU-Erweiterung und besonders im Engagement für die Östliche Partnerschaft sowie in der Unterstützung der Demokratisierung in den arabischen Ländern gezeigt hat. 2014 wurde außerdem der bisherige Ministerpräsident Polens Donald Tusk neuer Präsident des Europäischen Rates.

Mit Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Partei **Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)** Ende 2015 haben sich die Beziehungen Polens gegenüber EU gewandelt. Durch die positive gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der vorangegangenen 30 Jahre hat das Land weiter an nationalem Selbstwertgefühl dazugewonnen. So betrachtet die neue polnische Regierung bestimmte Vorgaben vonseiten der EU weiterhin als Einflussnahme auf seine nationale Souveränität. Dabei zielt ihre außenpolitische Haltung außerdem auf eine möglichst eigenständige Position innerhalb der europäischen Gemeinschaft ab. Obwohl die Zustimmung zur EU in der polnischen Bevölkerung insgesamt hoch ist, ergeben sich mehrere Konfliktpunkte zwischen der rechtskonservativen PiS-Regierung und der EU-Kommission: Mit Herausbildung nichtliberaler demokratischer Strukturen führt vor allem der Umbau der öffentlich-rechtlichen Medien und damit verbundene Einschränkungen bei der freien Meinungsäußerung sowie die Umsetzung von **Reformen im Justizwesen** zu Uneinigkeit. Durch die zunehmend unter politische Kontrolle der regierenden Mehrheit im Senat gebrachte Medienlandschaft und Rechtsprechung befürchtet die EU in Polen die Aushöhlung rechtsstaatlicher Grundwerte.

Gleichzeitig bringt die PiS immer mehr LGBT-diskriminierende Maßnahmen voran, wie z.B. die Errichtung von „LGBT-freien Zonen“ in bestimmten Landesteilen, um das Land vor einer angeblichen „LGBT-Ideologie“ zu schützen. Im Herbst 2020 wurde zudem das schon sehr strenge Abtreibungsrecht weiter verschärft. Diese sind nur einzelne von mehreren umstrittenen Maßnahmen, welche die PiS-Regierung vorangetrieben hat. Seitens der EU wurden all diese Maßnahmen immer scharf kritisiert, bei einigen wurden von der Europäischen Kommission sogar Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, da diese gegen Grundwerte der EU verstoßen. Für die umstrittenen Justizreformen wurde Polen vom **Europäischen Gerichtshof** zu einer Strafe von einer Millionen Euro für jeden Tag, an welchem sich Polen nicht an EU-Recht hält, verurteilt. Doch Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs werden seitens der polnischen Regierung konsequent ignoriert. Das polnische Verfassungsgericht urteilte im Oktober 2021 sogar, dass Teile des EU-Rechts unvereinbar mit polnischem Recht sind. Von daher wird des Öfteren in den Medien von einem möglichen Austritt Polens aus der EU, einem „**Polexit**“, gesprochen. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts kam es in ganz Polen zu Protesteten für einen Verbleib in der EU mit mehreren zehntausenden Teilnehmern.